

CERCLE I

Working Document 08

VERMERK

des	Sekretariats
für	den Arbeitskreis zum Gerichtshof
<u>Betr.:</u>	Entwurf des Berichts des Vorsitzenden des Arbeitskreises, Herrn António Vitorino

1. Entsprechend dem Schema für die Beratungen (siehe Anlage), das der Vorsitz festgelegt hat, ist der Arbeitskreis viermal zusammengetreten, nämlich am 17. und 24. Februar und am 3. und 17. März 2003. Er hat den Präsidenten des Gerichtshofs, Herrn Rodriguez Iglesias, den Präsidenten des Gerichts erster Instanz, Herrn Vesterdorf, und eine Delegation des Rates der Anwaltschaften der Europäischen Union (CCBE) angehört, die aus Lord Brennan (Queens Council) und den Herren Berrisch, Brouwer, Kahn und Waelbroeck bestand.
2. Während der letzten Sitzung am 3. März 2003 hat der Arbeitskreis außerdem die Frage der Zuständigkeit des Gerichtshofs für die Handlungen der Union in Bezug auf die Bereiche der GASP ¹ nach der Fusion der drei Säulen geprüft. Es wurde vereinbart, diesen Punkt in einem gesonderten Vermerk zu behandeln und die Schlussfolgerungen aus den Beratungen in den vorliegenden Bericht aufzunehmen.
3. Der Vorsitzende hat sich bemüht, die verschiedenen Denkrichtungen im Arbeitskreis in Bezug auf die im Schema für die Beratungen enthaltenen Fragen soweit wie möglich zu berücksichtigen. Die nachstehenden Schlussfolgerungen beziehen sich der Reihe nach auf die einzelnen Punkte des Schemas.

¹ Was den JI-Bereich betrifft, so hat der Arbeitskreis die in dem Bericht der Arbeitsgruppe X "Freiheit, Sicherheit und Recht" enthaltenen Empfehlungen zur Kenntnis genommen.

Zu Frage a) des Schemas für die Beratungen

4. Der Arbeitskreis hat die Bestimmungen des Vertrags von Nizza zur Zahl der Richter erörtert. Für den Gerichtshof, der die Funktion eines Kassations- und Verfassungsgerichts hat, wurde vorgeschlagen, die Anzahl der Richter zu begrenzen; es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass es einen Richter je Mitgliedstaat geben muss. Für das Gericht erster Instanz, das voraussichtlich mit einer steigenden Zahl von Klagen rechnen muss, wurde die Formel "mindestens ein Richter je Mitgliedstaat" für zufrieden stellend befunden. Eine Mehrheit hält offenbar eine Änderung in diesem Punkt nicht für erforderlich ¹.
5. Was das Verfahren zur Ernennung der Richter und Generalanwälte des Europäischen Gerichtshofs (im Folgenden "der Gerichtshof") und des Gerichts erster Instanz (im Folgenden "das Gericht") anbelangt, so gab es im Arbeitskreis zwei Denkrichtungen: Beibehaltung der jetzigen Regelung (einvernehmliche Ernennung durch die Regierungen der Mitgliedstaaten) oder Ernennung durch einen Rechtsakt des Rates. Einige Mitglieder waren für letztere Lösung. Von diesen wiederum waren einige der Ansicht, dass der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließen müsste, was zu einer eingehenderen Prüfung der vorgeschlagenen Kandidaten beitragen würde.
6. Außerdem haben mehrere Mitglieder die Auffassung vertreten, dass ein "Filtermechanismus" in Form eines "Bewertungsausschusses" vorgesehen werden sollte, der die Aufgabe hätte, für den Rat / die Mitgliedstaaten eine Begutachtung der Eignung des Profils der Kandidaten für die betreffende Aufgabe vorzunehmen. Diesem Ausschuss, dessen Beratungen nicht öffentlich wären und der keine Anhörungen durchführen würde, könnten ehemalige Mitglieder des Gerichtshofs und Vertreter der höchsten Gerichte der Mitgliedstaaten angehören; auch das Europäische Parlament könnte in das Verfahren einbezogen werden. Die Schaffung eines solchen Ausschusses wäre möglicherweise weniger wichtig, wenn der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließt; er könnte aber unabhängig von der Art des Rechtsakts (Rechtsakt des Rates oder der Mitgliedstaaten) und den erforderlichen Abstimmungsregeln geschaffen werden; die Einführung einer solchen Regelung könnte dazu führen, dass die Mitgliedstaaten bei der Auswahl ihrer Kandidaten höhere Anforderungen stellen. Auf die Frage, ob die Mitgliedstaaten weiterhin nur einen oder mehrere Kandidaten vorschlagen sollten, wurde hier nicht weiter eingegangen.

¹ In diesem Zusammenhang muss über die Frage nachgedacht werden, ob es nach der Erweiterung bei der derzeitigen Anzahl von 11 Richtern in der mit dem Vertrag von Nizza (Artikel 16 Absatz 2 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs) geschaffenen Großen Kammer bleiben soll.

7. *Der Vorsitzende schlägt vor: a) Beibehaltung der derzeitigen Regelung für die Ernennung der Richter und Generalanwälte des Gerichtshofs und der Richter des Gerichts durch die Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen; b) Schaffung eines "Bewertungsausschusses", der die Aufgabe hat, die Eignung der Kandidaten für ihre Aufgabe als Richter oder Generalanwalt des Gerichtshofs bzw. als Richter des Gerichts zu begutachten, und c) Begrenzung der Anzahl der je Mitgliedstaaten vorzuschlagenden Kandidaten auf einen.*
8. Was die Dauer der Amtszeit der Mitglieder des Gerichtshofs anbelangt, so schlugen einige Mitglieder des Arbeitskreises vor, die derzeitige Regelung zu ändern und eine Amtszeit von 9 Jahren ohne Möglichkeit der Wiederernennung einzuführen. Einige wären eher für eine einzige längere Amtszeit von 12 Jahren, weil eine gewisse Einarbeitungszeit nötig ist und weil eine längere Amtszeit die Kontinuität der Arbeit des Gerichtshofs besser gewährleisten würden. Andere Mitglieder des Arbeitskreises schließlich halten eine Änderung der derzeitigen Regelung (sechs Jahre mit der Möglichkeit der Wiederernennung) nicht für erforderlich.
9. Weder der Präsident des Gerichtshofs noch der Präsident des Gerichts haben sich ausdrücklich gegen eine längere Amtszeit ausgesprochen, obwohl sie die bisherige Regelung vorziehen. Sie hielten eine einzige Amtszeit von 12 Jahren für besser als eine einzige Amtszeit von 9 Jahren, weil letzteres insbesondere aufgrund der Tatsache, dass dann alle viereinhalb Jahre die Hälfte des Gerichtshofs neu besetzt werden müsste, erhebliche praktische Probleme aufwerfen würde. Der Arbeitskreis weist darauf hin, dass insbesondere im Fall einer Amtszeit ohne Möglichkeit der Wiederernennung entschieden werden müsste, wie lange die Amtszeit eines Richters dauern soll, der einen verstorbenen oder zurückgetretenen Richter ersetzt¹. Außerdem würde sich die Ernennung auf die Funktion beziehen, so dass nicht ausgeschlossen würde, dass ein Generalanwalt zum Richter (oder umgekehrt) ernannt wird.
10. Der Arbeitskreis ist sich darin einig, dass in der Verfassung unterschiedliche Amtszeitregelungen für den Gerichtshof und das Gericht festgelegt werden könnten. Eine Mehrheit der Mitglieder des Arbeitskreises hat sich für eine längere Amtszeit der Mitglieder des Gerichtshofs ohne Möglichkeit der Wiederernennung ausgesprochen. Was die Richter des Gerichts anbelangt, so war der Arbeitskreis für die Beibehaltung der derzeitigen Regelung (Amtszeit von sechs Jahren mit Möglichkeit der Wiederernennung).

¹ Entweder läuft dessen Amtszeit zu dem Zeitpunkt aus, zu dem die Amtszeit des ersetzten Richters ausgelaufen wäre, oder es würde ausdrücklich vorgesehen, dass der ersetzende Richter wiederernannt werden kann, oder aber die Amtszeit des ersetzenden Richters beginnt zum Zeitpunkt seiner Ernennung für eine volle Periode.

Zu Frage b) des Schemas für die Beratungen

11. Der Arbeitskreis hat den Gedanken einer Änderung der Artikel 225 a, 229 a und 245 EGV im Wesentlichen positiv aufgenommen. Die Mitglieder hatten keine grundsätzlichen Einwände dagegen, dass der Rat hier mit qualifizierter Mehrheit beschließt, statt - wie bisher vorgeschrieben - einstimmig. Dies würde insbesondere für Artikel 225 a EGV gelten, der die Bildung neuer gerichtlicher Kammern betrifft.
12. Auch in Bezug auf Artikel 229 a EGV ist die Mehrheit der Mitglieder im Prinzip dafür, dass der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließt.
13. Was nun Artikel 245 EGV anbelangt, der die Satzung des Gerichtshofs betrifft, so sieht diese Bestimmung derzeit einen einstimmigen Beschluss des Rates vor, außer für Titel I der Satzung, der nur im Wege einer Revision des Vertrags geändert werden kann. Hier ist der Arbeitskreis im Prinzip dafür, Artikel 245 EG dahin gehend zu ändern, dass der Rat - außer für Titel I und Sprachenfragen (Artikel 64 der Satzung), über die er einstimmig beschließen müsste - mit qualifizierter Mehrheit beschließt.

Zu Frage c) des Schemas für die Beratungen

14. In Bezug auf die Bezeichnung des Gerichtshofs und des Gerichts ist der Arbeitskreis der Ansicht, dass die Bezeichnung des Gerichtshofs nicht geändert zu werden braucht; sie muss nur dem Umstand angepasst werden, dass es keine "Europäischen Gemeinschaften" mehr geben wird. Der Arbeitskreis hielt eine Änderung dieser Bezeichnung, die schließlich seit 50 Jahren besteht, nicht für angebracht. Der Gerichtshof könnte also **"Gerichtshof der Europäischen Union"** heißen.
15. Was die Bezeichnung des Gerichts betrifft, so stellt der Arbeitskreis fest, dass dieses Gericht in naher Zukunft, wenn die gerichtlichen Kammern für spezielle Streitfälle gebildet werden, nicht immer in erster Instanz entscheiden wird, sondern in manchen Fällen auch die letzte Instanz darstellen wird. Die derzeitige Bezeichnung wäre dann nicht mehr angemessen. Dennoch wird das Gericht über alle direkten Klagen, die nicht in die Zuständigkeit der gerichtlichen Kammern fallen, in erster Instanz entscheiden. Der Arbeitskreis ist also dafür, die Bezeichnung zu ändern, möchte aber jegliche Verwechslungsmöglichkeit mit dem Gerichtshof ausschließen. Aus diesen Gründen - und auch deshalb, weil eine Bezeichnung

gefunden werden muss, die keine Übersetzungsschwierigkeiten aufwirft - hat der Vorsitzende die Bezeichnung "**Allgemeines Gericht der Europäischen Union**" vorgeschlagen, um zum Ausdruck zu bringen, dass dieses Gericht das eigentliche, allgemeine Gericht werden soll, und es von den "Fachgerichten" zu unterscheiden. Der Arbeitskreis ist der Ansicht, dass man die Rechts- und Sprachsachverständigen der Organe der Union mit der Anpassung der Bezeichnung betrauen könnte.

16. Die in Artikel 225 a vorgesehenen gerichtlichen Kammern sollen im ersten Rechtszug über bestimmte Kategorien von Klagen in bestimmten Sachgebieten entscheiden. Bisher ist noch keine dieser Kammern gebildet worden; geplant ist aber eine Kammer für Klagen von Bediensteten der Union und eine weitere für gemeinschaftliche Titel für den gewerblichen Rechtsschutz (Patente). Weitere können später ins Auge gefasst werden. Die derzeitige Bezeichnung könnte bestehen bleiben, was nicht daran hindern würde, diese Kammern analog zum "Gemeinschaftspatentgericht" (entsprechend der politischen Einigung am 3. März 2003 im Rat) als "Gerichte" zu bezeichnen. Es wäre allerdings besser, sie als "**Fachgerichte**" zu bezeichnen. Diese Bezeichnung hätte den Vorteil, dass in einigen Sprachen Verwechslungen mit den "Kammern" für bestimmte Streitsachen vermieden würden, die beim Gerichtshof (oder beim Gericht) geschaffen werden könnten, wie es bei den obersten Gerichten der Mitgliedstaaten der Fall ist.

Zu Frage d) des Schemas für die Beratungen

17. Was die Frage betrifft, ob Artikel 230 Absatz 4 EGV geändert werden sollte, so hat der Arbeitskreis anhand eines Arbeitspapiers des Sekretariats verschiedene Möglichkeiten erörtert.
18. Dabei hat sich gezeigt, dass die Mitglieder des Arbeitskreises deutlich in zwei Gruppen gespalten waren. Für die erste Gruppe genügt der derzeitige Wortlaut den wesentlichen Erfordernissen eines wirksamen Rechtsschutzes für rechtsuchende Bürger, wenn man berücksichtigt, dass bei dem derzeitigen dezentralen System, das sich auf das Subsidiaritätsprinzip stützt, für den Schutz der Rechte von Einzelpersonen vor allem die einzelstaatlichen Gerichte zuständig sind; daher wären für diese Gruppe keine materiellrechtlichen Änderungen an Artikel 230 Absatz 4 erforderlich.
19. Die zweite Gruppe ist der Ansicht, dass die Zulässigkeitsbedingungen gemäß Artikel 230 Absatz 4 ("sie unmittelbar und individuell betreffen") für Klagen von Einzelpersonen gegen Rechtsakte mit allgemeiner Geltung zu restriktiv sind. Einige Mitglieder haben daher

insbesondere Folgendes vorgeschlagen:

- a) die beiden Bedingungen voneinander trennen, die dann also nicht mehr kumulativ zu verstehen wären;
- b) "sie unmittelbar und individuell betreffen" ersetzen durch "sie unmittelbar betreffen und ihre Rechtsstellung beeinträchtigen";
- c) den derzeitigen Wortlaut mit dem Zusatz "oder gegen einen Rechtsakt von allgemeiner Geltung, der sie unmittelbar betrifft und keine Durchführungsbestimmungen enthält" beibehalten;
- d) den derzeitigen Wortlaut für Gesetzgebungsakte (künftig Gesetze und Rahmengesetze) beibehalten und die Befassung des Gerichtshofs für Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter erlauben; gegen letztere könnte Klage erhoben werden, wenn eine Einzelperson unmittelbar oder individuell betroffen ist;
- e) gleicher Vorschlag wie der vorhergehende, wobei aber Einzelpersonen ein Klagerecht gegen Gesetzgebungsakte der Union eingeräumt wird, die keine Durchführungsbestimmungen enthalten;
- f) Einführung einer speziellen Klage zur Verteidigung der Grundrechte.

20. Da der Arbeitskreis weiterhin gespalten ist, schlägt der Vorsitzende, in der Hoffnung, damit eine Entscheidung des Arbeitskreises zu erleichtern, folgende Kompromissformel vor:

"Jede natürliche oder juristische Person kann unter den gleichen Voraussetzungen gegen die an sie ergangenen Entscheidungen oder Entscheidungen, die sie unmittelbar und individuell betreffen, sowie gegen Rechtsakte [allgemeiner Geltung/ohne Gesetzgebungscharakter], die sie unmittelbar betreffen und keine Durchführungsbestimmungen enthalten, Klage erheben."

21. Mit dem Zusatz "die keine Durchführungsbestimmungen enthalten", soll erreicht werden, dass die Ausdehnung des Klagerechts von Einzelpersonen nur für die (problematischen) Fälle möglich ist, in denen eine Einzelperson erst das Recht verletzen muss, um danach vor Gericht gehen zu können, und zwar unabhängig davon, ob es sich um einen Gesetzgebungsakt oder um einen Rechtsakt ohne Gesetzgebungscharakter handelt. Nach dieser Formel können Einzelpersonen gegen einen Rechtsakt ohne Gesetzgebungscharakter, der ein Verbot bedeuten könnte und keine Durchführungsbestimmungen enthält, vor dem Gerichtshof (dem Gericht) klagen; die Einzelperson kann die Nichtigerklärung des Rechtsakts verlangen, wenn sie nachweisen kann, dass sie unmittelbar von ihm betroffen ist.
22. Wenn hier der Begriff "Rechtsakt ohne Gesetzgebungscharakter" gewählt wird, so wird damit eine Unterscheidung zwischen Gesetzgebungsakten und Rechtsakten ohne Gesetzgebungscharakter geschaffen und - wie es im Übrigen der Präsident des Gerichtshofs vorgeschlagen hatte - in Bezug auf Klagen von Einzelpersonen gegen Gesetzgebungsakte ein restriktives Konzept verfolgt (hier gilt weiterhin die Bedingung "sie unmittelbar und individuell betreffen"), während in Bezug auf Klagen gegen Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter (gemäß

der Terminologie des Artikels 26 der Verfassung) ein offener Ansatz verfolgt wird; für diese muss die Einzelperson lediglich nachweisen, dass sie unmittelbar betroffen ist. Diese Formel entspricht insofern auch den Ausführungen des Präsidenten des Gerichts im Arbeitskreis, als bei ihr die derzeitigen Zulässigkeitsbedingungen für Gesetzgebungsakte erhalten bleiben, und somit keine Gefahr eines "Rückschritts" gegeben ist.

23. Der Arbeitskreis scheint aber auch für eine rein redaktionelle Änderung offen zu sein, die vorgeschlagen wurde und die den Anwendungsbereich des Artikels 230 Absatz 4 nicht ändern würde, nämlich der Streichung der Worte "obwohl sie als Verordnung oder als eine an eine andere Person gerichtete Entscheidung ergangen ist". Außerdem wurde vorgeschlagen, das Wort "Entscheidung" durch "Rechtsakt" zu ersetzen. Diese Änderungen entsprechen der Rechtsprechung des Gerichtshofs ¹.
24. Was die Anwendung des Artikels 230 EGV auf die Agenturen und Einrichtungen der Union betrifft, so hat der Arbeitskreis festgestellt, dass die Rechtsakte zur Errichtung von Agenturen in der Regel Bestimmungen enthalten, nach denen gegen die von diesen Agenturen erlassenen Rechtsakte, beim Gerichtshof geklagt werden kann ². Analysiert man diese Rechtsakte so stellt man fest, dass es verschiedene Fälle gibt:
- einer Bestimmung, wonach für Klagen gegen die betreffende Behörde unter den Bedingungen des Artikels 230 der Gerichtshof zuständig ist ³;
 - einer Bestimmung, wonach jede ausdrückliche oder stillschweigende Handlung der Agentur zur Kontrolle ihrer Rechtmäßigkeit vor die Kommission gebracht werden kann, wobei gegen die Entscheidung der Kommission dann vor dem Gerichtshof Nichtigkeitsklage erhoben werden kann ⁴;
 - der Rechtsakt enthält keine Angaben zur Kontrolle der Rechtmäßigkeit der Handlungen der Agentur ⁵.

¹ Siehe hierzu Rechtssache 60/81, IBM/Kommission (Slg. 1981; 2639, Rdnr. 9): "Für die Feststellung, ob die angefochtenen Maßnahmen Handlungen im Sinne des Artikels 173 darstellen, ist daher auf ihr Wesen abzustellen. Nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofs sind alle Maßnahmen, die verbindliche Rechtswirkungen erzeugen, welche die Interessen des Klägers durch einen Eingriff in seine Rechtsstellung beeinträchtigen, Handlungen oder Entscheidungen, gegen die die Anfechtungsklage nach Artikel 173 gegeben ist. Die Form, in der diese Handlungen oder Entscheidungen ergehen, ist dagegen grundsätzlich ohne Einfluss auf ihre Anfechtbarkeit".

² Siehe hierzu das Arbeitsdokument des Sekretariats zum Recht auf Klage gegen Rechtsakte der Agenturen der Union (WD 9).

³ Dies gilt für die Verordnung Nr. 1035/97 des Rates vom 2. Juni 1997 zur Einrichtung einer Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Artikel 15) (ABl. L 151 vom 10.6.1997, S.1).

⁴ Siehe Verordnung (EG) Nr. 2062/94 des Rates vom 18. Juli 1994 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (Artikel 22).

⁵ Siehe Verordnung (EG) Nr. 1406/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2002 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs.

25. Angesichts dieser eher disparaten Praxis bezüglich der Kontrolle der Rechtmäßigkeit der Handlungen der Agenturen hat die Kommission ¹ dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgeschlagen, die Regelung zu vereinheitlichen, indem Artikel 230 EGV auf beschwerende Handlungen aller Agenturen anwendbar wird. Für diesen Ansatz spricht insbesondere, dass der Grundsatz eines wirksamen Rechtsbehelfs, der in der ständigen Rechtsprechung verankert ist (und nun in Artikel 47 der Charta aufgenommen wurde) verlangt, dass es für jede beschwerende Handlung eines Organs, einer Einrichtung oder einer Agentur eine gerichtliche Kontrolle der Rechtmäßigkeit gibt. Es ist im Übrigen nicht möglich, bei der Errichtung einer Agentur kategorisch auszuschließen, dass diese solche Handlungen vollzieht, selbst wenn die Verordnung zu ihrer Errichtung keine Befugnis für förmliche Entscheidungen vorsieht.
26. Der Arbeitskreis empfiehlt daher, Artikel 230 EGV dahin gehend zu ändern, dass außer den von den Organen angenommenen Rechtsakten auch die der *Einrichtungen und Agenturen* der Union einbezogen werden. Dabei ist eine Klage gegen eine Einrichtung oder eine Agentur nur dann zulässig, wenn es um einen "Rechtsakt" im Sinne der Rechtsprechung des Gerichtshofs geht; in dem Rechtsakt zur Errichtung der Agentur könnten im Übrigen spezielle Einzelheiten für die Durchführung der Kontrolle der betreffenden Agentur oder Einrichtung festgelegt werden ².

Zu Frage e) des Schemas für die Beratungen

27. Was die Regelung in Bezug auf Sanktionen im Falle der Nichtbefolgung eines Urteils des Gerichtshofs anbelangt, so haben die Mitglieder festgestellt, dass diese derzeit nicht wirksam genug ist, da die vom Gerichtshof verurteilten Mitgliedstaaten Jahre warten können, bevor ihnen eine Geldbuße auferlegt wird. Die Mitglieder des Arbeitskreises empfehlen, zur Straffung der Sanktionsregelung in Artikel 228 EGV die beiden der Befassung des Gerichtshofs bezüglich der Verhängung von Sanktionen vorgeschalteten Phasen, in denen dem betreffenden Mitgliedstaat Gelegenheit zur Äußerung gegeben wird und die Kommission dann eine mit Gründen versehene Stellungnahme abgibt, zu streichen. Eine solche direkte Befassung des Gerichtshofs durch die Kommission oder durch einen Mitgliedstaat wäre keine Neuerung: Sie ist im Vertrag bereits in bestimmten Fällen vorgesehen, beispielsweise wenn ein Staat die aus Gründen der Sicherheitsinteressen oder für den Krisenfall vorgesehenen Ausnahmen missbraucht (Artikel 298) ³.

¹ Siehe KOM 2002 (718) endg. vom 11. Dezember 2002 zu den Rahmenbedingungen für die europäischen Regelungsagenturen, S. 14 und 15.

² Insbesondere bezüglich der Frage, ob der Gerichtshof eine angefochtene Handlung ändern kann (wie im Falle des Markenamts), oder der Personen, die das aktive Recht haben, Klage zu erheben (Beispiel Markenamt oder Sortenamt) oder der Notwendigkeit, zunächst bei der Kommission Beschwerde einzulegen, falls diese Sonderregelung beibehalten werden sollte.

³ Siehe entsprechend auch Artikel 95 Absatz 9 und Artikel 88 Absatz 2 EGV.

28. Schließlich wurde in diesem Zusammenhang noch ein Vorschlag gemacht, der gegebenenfalls dem vorherigen hinzugefügt werden könnte; danach würde die Verfassung für den Fall, dass Mitgliedstaaten keine Maßnahmen zur Umsetzung eines Rahmengesetzes mitteilen, der Kommission das Recht geben, den Gerichtshof *gleichzeitig* (in ein und demselben Verfahren) mit einer Klage wegen Vertragsverletzung und einem Antrag auf Verhängung einer Sanktion zu befassen. Verhängt der Gerichtshof auf Antrag der Kommission im Urteil auch eine Sanktion, so würde diese nach einer gewissen Frist ab Verkündung des Urteils gültig, falls der beklagte Staat dem Urteil nicht nachgekommen ist. Eine solche Bestimmung würde das Verfahren für Sanktionen bei Nichtmitteilung von einzelstaatlichen Umsetzungsmaßnahmen erleichtern und beschleunigen ¹.

¹ In der Praxis unterscheidet man diese Fälle der Nichtmitteilung - in denen der betreffende Mitgliedstaat keine Umsetzungsmaßnahme getroffen hat - von den Fällen der nicht ordnungsgemäßen Umsetzung - in denen die von dem betreffenden Mitgliedstaat getroffenen Maßnahmen nach Auffassung der Kommission der Richtlinie (oder dem Rahmengesetz) nicht entsprechen. Die vorgeschlagene Bestimmung würde in diesem zweiten Fall nicht angewandt.

Andere Fragen

Der Arbeitskreis muss noch zum Umfang der Rechtsprechung des Gerichtshofs nach der Fusion der Säulen und eventuell zur Verstärkung der Rolle der Kommission im Verletzungsverfahren sowie über Maßnahmen, die den unter Nummer 18 erwähnten Rechtsschutz auf einzelstaatlicher Ebene gewährleisten, Stellung nehmen.
